

Calmer Tagblatt

Nr. 140.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile M. 2.50. Reklamen M. 7.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 20. Juni 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn M. 60.— vierteljährlich. Postbezugspreis M. 60.— mit Bestellgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die Getreideumlage.

Die Beratung im Reichstag.

Berlin, 19. Juni. Der Reichstag nahm heute zunächst den von allen Parteien gestellten Antrag, das aus Anlaß der Befreiung Schlesiens und der Abkündigung aus öffentlichen Mitteln angekauft bewegliche Material sicher zu stellen, in allen drei Lesungen ohne Debatte an und trat dann in die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Getreideumlage ein. Abg. Krätzig (Soz.) polemisierte scharf gegen den Landbund, der die Aufrechterhaltung des privaten Getreidemonopols im Profitinteresse der Agrarier proklamierte. Seine Partei sei bereit, über die von der Vorlage freigelassenen 5 Hektar hinaus alle Güter mit weniger als 10 Hektar von der Umlage freizulassen und beantrage eine Festsetzung der Umlage auf 4 1/2 Millionen statt auf 2 1/2 Millionen Tonnen. Abg. Dr. Rößler (D.M.) wandte sich gegen die Vorlage, da unter dem Zwang der Umlage der Landwirt nicht die Mittel zur Produktionssteigerung aufbringen könne. Die Umlage sei eine verschleierte Steuer für die Landwirtschaft. Die Regierung müsse andere Mittel zur Verbilligung des Brotes, das heute schon weite Kreise des Volkes nicht mehr bezahlen könnten, anwenden. Der Vorschlag seiner Partei, mit dem Handel zusammen eine Getreidereserve von 2 Millionen Tonnen für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, habe die Regierung abgelehnt. Seine Partei wieber lehne die Vorlage ab und überlasse die Verantwortung denjenigen, die die deutsche Wirtschaft gefährdeten. Abg. Horn (U. S. P.) verlangte von der Regierung Schutz gegen den Brotwucher, der seit Aufhebung der Zwangswirtschaft immer frecher aufgetrete, und stimmte schließlich der Vorlage zu, die das Mindestmaß an Forderungen enthalte. Die Weiterberatung wurde darauf auf morgen Nachmittag 2 Uhr vertagt.

Die württ. Regierung und die Getreideumlage.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die württembergische Regierung hat nach eingehender Prüfung der Verhältnisse die Notwendigkeit einer Getreideumlage für das kommende Wirtschaftsjahr in der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Höhe von 2 1/2 Millionen Tonnen anerkannt und in diesem Sinne Instruktionen an die württembergische Vertretung beim Reichstag erteilt. Da die Vorlage im einzelnen aber neben untergeordneten Punkten hauptsächlich wegen des Württemberg angebotenen Umlagebolls, das gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung an 120 Prozent bedeutete, zu beanstanden war, wurde gleichzeitig die württembergische Vertretung beauftragt, vor der Sitzung des Reichstags von dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bindende Zusicherung wegen Ermäßigung des Württemberg angebotenen Umlagebolls oder wenigstens wegen Erleichterung der Haftung zu erwirken. Für den Fall der Nichterteilung der verlangten Zusicherungen sollte sich die württembergische Vertretung die Ablehnung der Vorlage im Plenum des Reichstags vorbehalten. Der Herr Reichsminister hat bei der Besprechung, die erst kurz vor der Ausschlußberatung des Reichstags möglich war, die verlangten bindenden Zusicherungen nicht gegeben. In der Ausschlußberatung wurden sodann die württembergischen Anträge auf Ermäßigung des Württemberg zugebachten Umlagebolls abgelehnt. Da die Plenarsitzung im unmittelbaren Anschluß an die Ausschlußberatung stattfand, war die Einholung einer Instruktion über die nuncmehr bei der Gesamtabstimmung einzunehmende Haltung nicht mehr möglich. Nach Ablehnung der gestellten Anträge hat die württembergische Vertretung in der Plenarsitzung gegen die Vorlage gestimmt.

Berlin, 20. Juni. Wie die Blätter mitteilen, haben außer der sozialdemokratischen Fraktion sämtliche Reichstagsfraktionen gestern Abend Sitzungen abgehalten, in denen sie sich mit der von ihnen im Reichstagsauschuß einzunehmenden Haltung zur Getreideumlage beschäftigten. Laut „Berliner Tageblatt“ versucht man im Zentrum auf ein Kompromiß mit der Sozialdemokratie hinzuwirken. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ glauben, daß sich eine, wenn auch geringe Mehrheit für den Gesetzentwurf finden werde.

Die Aussprache zwischen Poincaré und Lloyd George.

London, 20. Juni. Ministerpräsident Poincaré ist gestern Abend um 8 Uhr nach Paris zurückgekehrt.

Paris 20. Juni. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet über die Unterredung zwischen Poincaré und Lloyd George, daß sich die Aussprache der beiden Premierminister von der

Reparationsfrage der Frage der alliierten Schulden zugewandt habe. Sie hätten sich genötigt gesehen anzuerkennen, daß es unmöglich sei, dieses Problem in Angriff zu nehmen, so lange die Vereinigten Staaten abseits ständen und solange ihre Absicht nicht bekannt geworden sei.

London, 20. Juni. Das Reutersche Büro verbreitet folgenden Bericht zu der amtlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht war, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt sei, sich zu bemühen, den Beitrag der Verbindlichkeit Deutschlands endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse so ungewiß seien, daß jede jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit herbeiführen könnte. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt für die Reparationskommission darin bestehen solle, den wirklichen Zustand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgend etwas tun könne, um in Deutschland durch Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in seinem Haushalt, sowie seine Währung wieder herzustellen.

London, 19. Juni. Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekannt gegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranstalten werde, um die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen. Poincaré werde wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit seien Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen.

London, 19. Juni. Die Abendpresse bezeichnet das von Lloyd George zu Ehren Poincarés in der Downingstreet gegebene Frühstück als das politische Ereignis des heutigen Tages. Alle Kabinettsmitglieder außer Lord Curzon nahmen daran teil. Barfour vertrat das Auswärtige Amt. Anwesend waren auch der französische Botschafter in London de St. Aulaire, Marshall Petain, Lord Derby und der britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon.

Zur auswärtigen Lage.

Immer dieselben Tendenzlinien.

Berlin, 19. Juni. „Daily Telegraph“ veröffentlicht den amtlichen Wortlaut eines Entwurfs einer Tripple-Allianz zwischen Deutschland, Rußland und der Regierung von Ankara, deren Inhalt ein militärisches Defensivabkommen sei. Diese Veröffentlichung beruht ebenso wie die frühere von einem deutsch-russischen Militärabkommen auf völlig freier Erfindung.

Die deutsche Regierung und die Reparationsfrage.

Berlin, 19. Juni. Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern Nachmittag in einer Kabinettsitzung mit der bei den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee einzuschlagenden Marschroute. — Mehrere Blätter schreiben, daß die Regierung entscheidendes Gewicht darauf lege, daß bei der Kontrolle des Haushalts durch das Garantiekomitee die Steuerhoheit des Reiches unangefastet bleibe und daß auch das Steuergeheimnis der einzelnen Staatsbürger gewahrt werde. Das letztere entspreche einem internationalen Rechtsgrundsatz, an dem sich gerade Frankreich immer gehalten habe. Was die Kapitalflucht anbelange, so habe die Regierung immer betont, daß allein durch deutsches Gesetz dieser Schaden nicht geheilt werden könne, sondern daß nur ein internationales Zusammenwirken Aussicht auf Erfolg haben werde. Das Garantiekomitee wird, den Blättern zufolge, heute beim Reichskanzler, beim Reichsminister des Außen und beim Reichsfinanzminister Höflichkeitsbesuche abstatten. Die eigentlichen Besprechungen der Reichsregierung mit dem Komitee dürften am Mittwoch beginnen.

Um das deutsche Eigentum in Amerika.

Paris, 19. Juni. Der „New York Herald“ meldet aus Washington unter dem 18. Juni: Im Weißen Hause wurde zwischen dem Präsidenten Harding, dem Staatssekretär Hughes, dem Generalstaatsanwalt Daugherty und dem Treuhänder für das fremde Eigentum Miller eine Konferenz abgehalten, auf der die Verfügung über das in Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum und die Regelung amerikanischer Ansprüche gegenüber Deutschland verhandelt wurde. Es wurde beschlossen, die Befreiung betr. die Verfügung über das deutsche Eigentum im Werte von 357 Millionen Dollar, das noch von der amerikanischen Regierung verwahrt wird, zu beschleunigen. Das Blatt fügt hinzu, es heiße, man sei dafür gewesen, daß das Geld von

Personen mit bescheidenen Mitteln, das in Amerika angelegt worden sei, von der Regierung freigegeben werden sollte. — Also ganz so, wie es auch die Russen machen wollen, die deswegen so bekämpft werden.

Deutschland und die Ukraine.

Berlin, 19. Juni. Mehreren Blättern zufolge hat der Reichskanzler gestern den ukrainischen Geschäftsträger Außen empfangen und mit ihm den Kapitalvertrag besprochen.

Laut „Berliner Lokalanzeiger“ ergab die Aussprache Uebereinstimmung darüber, daß sich aus der Ausdehnung des Vertrags auf die Ukraine keinerlei Schwierigkeiten ergeben würden. Auch über die Frage der 400 Millionen ukrainischen Geldes, die Deutschland von der früheren ukrainischen Regierung noch im Besitz hat, soll laut „Voss. Ztg.“ eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß das Geld der ukrainischen Regierung zur Verfügung gestellt wird, während diese die Coalitionschäden, die bei der Räumung der Ukraine durch die deutschen Truppen entstanden sind, und die etwa 100 Millionen betragen, übernimmt.

Die Räumungsformalitäten in Oberschlesien.

Berlin, 19. Juni. Gemäß dem Räumungsabkommen wurden die Eisenbahn, Post, die Telegraphen- und Fernsprechnetze gestern um 6 Uhr in polnische Oberschlesien den Polen übergeben. Die neue Zollgrenze tritt heute in Kraft. Heute vormittag fand in Kreuzburg und in Oberglogau der Flaggenwechsel statt. Damit sind diese Gebiete wieder unter deutsche Regierungsgewalt getreten. Die französischen Truppen sind heute vormittag aus Katowitz abgerollt.

Beuthen, 19. Juni. Die mit dem Präsidenten Calonder und Raedenbad für ihre Einführung als Präsidenten der gemischten Kommission und des Schiedsgerichts vereinbarten Zeitpunkte können nicht inne gehalten werden, da von der polnischen Regierung die Bevollmächtigten hierfür noch nicht ernannt werden sind. Bei den vorgestern getroffenen Vereinbarungen war ein Vertreter der polnischen Regierung anwesend.

„Inter“-Nationale.

London, 18. Juni. Henderson eröffnete heute die Konferenz der 2. Internationale mit einer Ansprache, in der er ausführte, die Einigkeit der arbeitenden Klassen der Welt werde in mehreren Ländern durch die rote Internationale bedroht. Der Gegensatz zwischen den englischen Arbeitern und den russischen Kommunisten sei der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunisten verachten die Freiheit der Rede, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Wahlen. Solchen Angriffen auf die persönliche Freiheit werde die englische Arbeiterklasse stets Widerstand leisten. Gegenwärtig sei die Einigkeit unter den arbeitenden Klassen dringlich. Dennoch seien die arbeitenden Klassen niemals mehr gespalten gewesen, als gerade jetzt. Mit den gegenwärtig herrschenden Spaltungen unter ihnen würden sie als internationaler Faktor machtlos bleiben.

Deutschland.

Um die Landtagsauflösung in Sachsen.

Dresden, 19. Juni. In der Zeit vom 6. bis 9. ds. Mts. lagen in ganz Sachsen die Eintragungslisten zu einem Volksbegehren zur Herbeiführung des Volksentscheids über die Auflösung des Landtags auf. Um das Volksbegehren wirksam zu machen, muß gefällig ein Zehntel der bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten ihre Namen in die aufgelegten Listen eintragen. Das eine Zehntel beträgt rund 297 000. Die Parteien der Linken hatten ihre Vertreter aufgefordert, sich nicht am Volksbegehren zu beteiligen und sich nicht in die Listen einzutragen. Nach dem bis heute abend vorliegenden Zahlungsergebnis haben sich eingetragen: in Dresden von 407 000 Stimmberechtigten 115 000, in Plauen von 63 000 Stimmberechtigten 20 400, in Zittau von 20 500 Stimmberechtigten 6710, in Chemnitz von 190 000 Stimmberechtigten 55 189.

Die deutsche Fußballmeisterschaft unentschieden.

Berlin, 18. Juni. Die deutschen Kampfspiele haben heute Vormittag im Stadion mit den Hockey-, Rugby- und Kriketspiel begonnen. Das größte Interesse erregte das Entscheidungsspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft, in der sich der Hamburger Sportverein und der Erste Fußballklub Nürnberg gegenüberstanden. Trotz mehrfacher Spielverlängerung mußte bei Eintritt der Dunkelheit nach dreistündiger Spieldauer das Spiel mit 2:2 unentschieden abgebrochen werden. Es besteht die Möglichkeit, daß das Spiel am Montag fortgesetzt wird, doch sind die Beratungen hierüber noch im Gange.

en Reichsaufträgen, ...

ur Venderung der ...

bt — Nagold.

ist die Eisenbahn ...

onberg—Calw nun ...

die Finanzperiode ...

1. Dezember 1869 ...

ufführung hat die ...

Schmied. Schmied eine ...

meinde war gekommen wer gehen konnte, ebenso waren die ...

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes von Dewall. Die Gräfin zürnte der Oberjägermeisterin, daß sie Durch-

Soldaten im Weltkrieg nicht vergessen möglichen. Mit dem Ge-

Die Hundertjahrefeier der Landw. Hochschule.

(S.C.B.) Hohenheim, 19. Juni. Am gestrigen Sonntag und heutigen Montag feierte die Landw. Hochschule Hohenheim ihre

(S.C.B.) Hohenheim, 19. Juni. Die Festlichkeiten zu Ehren des 100jährigen Bestehens der Landw. Hochschule Hohenheim

Lied vom guten Kameraden wurde in freiem Gedemken ange-

Liebeszettel, 19. Juni. Man schreibt uns: Bei dem gestern in

(S.C.B.) Leonberg, 19. Juni. Das an der Stadtkirche ange-

(S.C.B.) Sindelfingen, 19. Juni. Mit 437 gegen 105 Stimmen

(S.C.B.) Göppingen, 19. Juni. In den letzten Wochen ist es

(S.C.B.) Bom Ries, 19. Juni. Bekanntlich ereignete sich vor

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt gestern 328,27 M., der Schweizer Frank n

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 19. Juni. Trotz der Devisenkurse stark

Druck und Verlag der W. Oelshläger'schen Buchdruckerei, Calw.

ablefen. Sie war es gewesen, welche im Interesse ihrer hohen

Sie ließ sich auch nicht warnen durch frühere Erfahrungen,

„Teuerste Durchlaucht!“ rief sie — und wahrhaftig, sie hatte

und heiratete hernach doch meinen Oberjägermeister und bin die

Die Prinzessin sah sie an mit großen, ganz verwunderten

„O Gott, — o Gott!“ schluchzte das gutmütige Weib und

„Sehen Sie, — der Wahlendorfer, so ein schlauer und glatter

Hier folgte nun ein ganzes Register von Berichten über

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung für die Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer der Körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmungen.

I. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung im Staatsanzeiger vom 12. 6. 1922 Nr. 134 werden die der Körperschaftsteuer unterliegenden Steuerpflichtigen hiemit aufgefordert, die Steuererklärung für das Steuerjahr 1921 — soweit noch nicht geschehen — in der Zeit vom **1. Juli bis 31. August 1922 bei dem Finanzamt** abzugeben.

Die Steuererklärung hat zu umfassen:
1. Das Einkommen des Geschäftsjahrs (Wirtschaftsjahrs), dessen Ende in die Zeit vom 1. 4. bis 31. 12. 1921 fällt;
2. in Ermangelung eines besonderen Geschäftsjahrs das Einkommen des Kalenderjahrs 1921.

Vordrucke können vom Finanzamt bezogen werden.

II. Erwerbsgesellschaften haben innerhalb eines Monats nach Feststellung der Bilanz ohne besondere Aufforderung eine vorläufige Zahlung auf die Körperschaftsteuer zu entrichten. Diese Zahlung, die bisher 10 v. H. des Reingewinns betrug, ist für die **nach dem 31. Dezember 1921 abgelaufenen Geschäftsjahre** auf 15 v. H. erhöht worden. Gesellschaften, die die vorläufige Zahlung bereits in der bisher vorgeschriebenen Höhe entrichtet haben, haben den Mehrbetrag bis zum 4. Juni 1922 oder, falls der Abschluß bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht festgestellt ist, den erhöhten Gesamtbetrag binnen einem Monat nach Feststellung des Abschusses zu zahlen.

III. Gleichzeitig mit der Körperschaftsteuererklärung ist eine Kapitalertragsteuer-Erklärung abzugeben, welche zu umfassen hat:

1. Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt,
2. alle Erträge aus **ausländischen** Kapitalanlagen, die im Kalenderjahr 1921 bezogen worden sind, dessen Ende in die Zeit vom 1. 1.—31. 12. 1921 fällt.

Hierzu, den 16. Juni 1922.

Finanzamt.

Voelter.

Calw, den 18. Juni 1922.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir während der Krankheit und bei dem so raschen Hinscheiden meines lieben Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Gottlieb Luz

erfahren durften, insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrvermeiers, den Herren Ehrenträgern, für die vielen Blumenpenden und die zahlreiche Begleitung von Nah u. Fern zu seiner letzten Ruhestätte, sagt innigsten Dank

die trauernde Gattin: **Matia Luz,** mit ihren Kindern.

Neue Fahrpläne

für den Bezirk Calw

sind in der Geschäftsst. ds. Bl. das Stück zu 1 Mk. erhältlich.

Geschäftsräume mit Wohnung

für feineres Fabrikat sofort oder später zu mieten, evtl. zu kaufen gesucht.

Gest. Angebote an „Omega“-Werkstätten für Präz.- Brillen-Optik **A. Schiller, Stuttgart,** platz 2.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

- | | |
|----------------|-------------------|
| Rainit | Roh- und Viehfalz |
| Thomasmehl | Kleie |
| Kalfalz | Futtermehl |
| Kalkstickstoff | Saatmais |

Ausgabe Mittwoch und Samstag.

Fernsprecher Nr. 98.

Geschäftsstelle.

Arbeiter und Arbeiterinnen gesucht.

Leinacher Mineralquellen, Bad Leinach.

Calw.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Lagerhausneubau des Spar- und Konsumvereins Calw und Umgebung sind die **Grab-, Maurer-, Beton-, Zimmer- und Flaschner-Arbeiten** im Submissionsweg zu vergeben.

Die Unterlagen sind im Geschäftszimmer des Konsumvereins Lederstraße 97 zur Einsicht aufgelegt und wolle Angebote bis Freitag, den 23. Juni abends 6 Uhr dortselbst eingereicht werden.

S. A. Kohler, Architekt.

Bau-Arbeiten.

Zu dem Schulhausneubau in Weltenschwann und Speßhardt sind die

Installations-, Treppen-, Verschönerungs-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser- und Anstrich-Arbeiten nach dem Preislittenverfahren

zu vergeben.

Die Unterlagen liegen auf dem Rathaus in Altburg zur Einsichtnahme auf. Angebote sind bis späteste Freitag, 23. ds. Mts. nachm. 4 Uhr dortselbst einzureichen. Zuschlagsfrist 6 Tage.

Im Auftrag:

E. Frohmeyer, Baumeister.

Mittwoch, den 21. Juni

von vormittags 7 Uhr ab, steht in Calw, im Gasthaus z. „Löwen“ ein sehr großer Transport

erstklassiger, starker,

junger

Milchkühe (Schaffkühe),

Kälberkühe, trächtiger

Schaffkühe, schwerer hoch-

trächtiger Kalbinnen, große

Auswahl schöner Zucht-

rinder, sowie ein erstklassig.

schwerer Zuchtfarren

zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf und Tausch freundlichst einladen

Rubin, Salomon u. Max Löwengart



Eine Dame welche eine zarte, weiße Haut u. blend. schönen Teint erlangen u. erhalten will, wäscht sich nur mit der **Seifencreme** die beste Lilienseife von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.

Zu haben in Calw: H. Beisser, Kaufm.; Friedr. Lamparter, Kol.-Waren; J. Odermatt, Friseur; Wilh. Wlnz, Friseur

Malz, Maismehl, Weizenjutttermehl, Weizenkleie, Melassejuttter, Futterkalk, empfiehlt billigst **Otto Jung.**

Auslands-Zucker

eingetroffen **Pfund Mk. 21.—**
W. Wurster, Konditorei.

Hier!

In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

Suche Mädchen oder junge Frau

zur Aushilfe täglich ein paar Stunden zu Hausarbeiten. **Frau Ing. Preußner, Bischofsstraße 453.**

Suche auf 15. Juli ein jung., ordentliches Mädchen.

Frau Konditor Sachs.

Gesucht wird tüchtiges, älteres Laufmädchen oder Frau

auf einige Stunden im Tage. Angebote an E. S. 12 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bei Anzeigen die uns durch Fernsprecher ausgegeben werden, kann keine Gewähr für richtige Wiedergabe übernommen werden

Verlag des Calwer Tagblattes.

Wiltchende Erstlingsziege und ein Wurf **Schnauzer** zu verkaufen. Obere Marktstr. 23.

Bauschutt als Dung wird abgegeben. Obere Marktstr. 23.

Dienstboten - Gesuche haben in unserem Blatte (da ja der größte Teil der Auflage Verbreitung auf d. Lande findet) **gewünschten Erfolg!**

Mitbürger!

Die Veröffentlichung des Mietervereins vom Samstag kann nicht unerwidert bleiben. Soweit sie Beleidigungen enthält, fühlen wir uns davon nicht getroffen; sie können uns nicht erreichen. Wir müssen es uns auch verlagern, dem Mieterverein auf das Gebiet der Unterstellungen u. Verunglimpfungen zu folgen, denn die Nachahmung der Kampfesweise des Mietervereins würde unserer guten Sache nur schaden, sie würde jede Einigung für immer unmöglich machen, wenn wir uns nicht besser beherrschten als unsere Gegner.

Der Versuch des Mietervereins, unsere Bedingungen mit ihm zu verhandeln, als „Bestrebungen“ hinzustellen, die Verhandlungen zu „verschleppen oder zu vereiteln“, ist eine Unterstellung, die wir hiermit niedriger hängen.

Mit Brief vom 29. Mai, also 4 Tage vor der Zusammenkunft mit den Vertretern des Mietervereins, schrieb Herr Reichert, der damals krank zu Hause lag, als Geschäftsführer unseres Vereins an Herrn Stadthalter Göhner als Einberufer: „daß die Person des Herrn Stör als Unterhändler für Herrn Jügel und ihn selbst unannehmbar sei“. Sich trotzdem mit Herren, die man — wie Herr Stör — vorher ohne jegliche Veranlassung auf das größtmögliche wernungsimpf und persönlich beleidigt hat, später wieder an einen Verhandlungstisch setzen zu wollen, ist eine Frage des Takttes, bezüglich dessen die Auffassungen verschieden sein mögen. Wie nun Herr Stör trotzdem als Unterhändler erschien, erklärte Herr Reichert als erster, daß er mit Herrn Stör nicht unterhandele. Herr Jügel schloß sich ihm an, erklärte jedoch, als Herr Stör sich erhob um abzutreten, seine Bereitwilligkeit, die Versammlung zu verlassen, um ein Weiterverhandeln nicht zu verhindern. Kurz vorher sah sich Herr Stör veranlaßt, die Behauptung aufzustellen, der ganze Vorfall sei nur inszeniert, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Diese dreiste Behauptung wurde sofort von Herrn Jügel als unmaß zurückgewiesen. Kaum war Herr Jügel aufgestanden, um abzutreten, so erhoben sich die Vertreter des Mietervereins und verließen in Solidarität mit Herrn Stör den Saal. „Sie sind wegelaufen“, während die Herren vom Haus- und Grundbesitzerverein noch über eine Viertelstunde versammelt blieben. Zum Beweis für unsere Bereitwilligkeit, mit dem Mieterverein schon am nächsten Tage bezw. am Dienstag nach Pfingsten ohne Herrn Jügel und Herrn Stör weiter zu verhandeln, nennen wir als einen der Zuneigung zum Haus- und Grundbesitzerverein gemiß unverdächtigen Zeugen den Gründer des Mietervereins, Herrn Bruno Nag, ferner die Herren Stadthalter Göhner und Rechtsanwalt Rheinwald.

Wenn die Vorkommnisse der letzten Zeit, die geistliche Verweigerung der Mitarbeit in der Frage der Wohnungsschätzungen durch den Mieterverein, die unwahre u. gänzlich unbewiesene Behauptung in der Zeitung, es habe sich in Calw eine Steigerung der Mieten um das 3-5 fache schon längst vollzogen, — wenn diese und andere Leistungen des Mietervereins nicht schon längst die Augen geöffnet haben, dem sind sie durch den vorliegenden Artikel des Mietervereins vollends gründlich ausgerieben worden. Die Sicherung des Mitbestimmungsrechtes an unserem Eigentum, das ist der wahre Zweck des Mietervereins, endlich einmal von ihm selbst zugegeben! Nicht zwei Vereine stehen sich hier gegenüber, sondern zwei Weltanschauungen. Auf jener Seite das Verlangen des Mitbestimmungsrechtes an und letzten Endes der Zugriff nach unserem Besitz — auf unserer Seite die Verteidigung unseres natürlichen, menschlichen und geistlichen Rechtes, unseres Eigentums! Sind diese Gegensätze schon an und für sich schwer zu überbrücken, so wird dies ganz unmöglich, wenn der gute Willen auf Seiten der Mietervereiner fehlt, wenn sie ganz im radikalen Fahrwasser schwimmt, wie in Calw. Eine Vereinsleitung wie die des Mietervereins, welche ihren Mitgliedern rät, sich auf dem extremsten Stande zu halten, d. h. den Reichsrentengesetz, zu stellen ehe noch die Ausführungsbestimmungen zu diesem Mantelgesetz erlassen sind, welche ihm erst seine Anpassung an die württembergischen Verhältnisse geben sollen, — eine Vereinsleitung, die einen derartigen Rat erteilen mag, ehe sie sich seiner Tragweite überhaupt selbst bewußt sein kann, kann von uns nicht mehr ernst genommen werden. Deshalb Schluß der Debatte.

Haus- u. Grundbesitzerverein Calw e. V.

Mit Eintritt auf 1. Juli - oder früher - suchen wir für den Schwarzwaldbezirk einen

Reisebeamten

für die von uns betriebene Lebens-, Aussteuer-, Pensionen-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherung. Zeitgemäße Bezüge. Evtl. können auch Nichtachtstellige berücksichtigt werden. Angebote mit Witb, Lebenslauf und Zeugnissen erbitet:

Subdirektion d. „Arminia“ A. G. Eplingen a. N. Versicherungsbestand über 1 Milliarde.

Für Baustelle Altburg

10-12 tüchtige Erdarbeiter

4-5 tüchtige Maurer

sofort gesucht.

Meldung bei Bauführer Berner dort.

R. Häufermann, Ludwigsburg.

Heiltunde der Biochemie!

Behandlung aller heilbaren Krankheiten.

Sprechstunde täglich von 2-4 Uhr ausgenommen Samstag u. Sonntag **Frau A. Deuschle, Calw, Haus Walbeck.**

Nr. 1

Die fächliche Reichsrat men gegen

Die letzte Tebigkeit führt. In wurde Beamten um 24 von 30

Unfähigkeit des parationslo Ansicht Au markt alle risch macher

In London wohnte Frau könne. Ver Erbrofflung

rend die F zu Werte ge zweid der A vollständig für eine „S Entente

Poincaré h greifen wer und mit F

sich den Fo Reparations Verpflichtun für der Fra

Di Eine I

Berlin, 21 Ja die fächliche den Reichsrat richtet In de

ber letzten B vollkommen an drückung der

galtens- und B gehalten eine so

allgemein und den schlimmste übermäßigen

Gebieten der der Endpreise gen werden.

mit den Urfa bensmittelprei gen werden. Zwangswirtsc

ches wird ge Viehhaltern u Was die Kar Umlageverfah

regierung unt allerübester V gehre, daß die lasse wie bish und politisch